



## Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

### Hilfe für Betroffene des Anschlags in Magdeburg – Koordinierungstreffen im Justizministerium Sachsen-Anhalt

Im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg hat heute das dritte Rundtischgespräch zur Bewältigung und Koordinierung der Hilfen für Betroffene des Anschlags geschehens am 20. Dezember 2024 auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt stattgefunden. Auf Einladung der Landesopferbeauftragten in Sachsen-Anhalt, Dr. Gabriele Theren, und des Bundesopferbeauftragten, Roland Weber, haben knapp 40 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, Hilfsorganisationen und Institutionen persönlich oder online an dem hybriden Treffen teilgenommen.

Dabei wurde besprochen, wie die Betreuung und Begleitung der Betroffenen konkret verläuft, welche strategische Ausrichtung der Opferhilfemaßnahmen notwendig ist, wie ein würdiges und nachhaltiges Gedenken gestaltet werden kann und wie Betroffene bei der Vorbereitung auf das anstehende Gerichtsverfahren unterstützt werden können. Im Rahmen des Austauschs zu Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen stand die psychosoziale Nachsorge, welche mittel- und langfristig für die Betroffenen zu koordinieren ist, im Mittelpunkt.

**Sachsen-Anhalts Landesopferbeauftragte, Dr. Gabriele Theren:** „Viele der Betroffenen kämpfen weiter mit den sichtbaren und unsichtbaren Folgen des Anschlags. Wir werden die Menschen, die Leid erfahren haben, nicht allein lassen. Der Austausch im Rahmen des Runden Tisches macht deutlich, dass das Hilfenetzwerk in Sachsen-Anhalt funktioniert. Alle Beteiligten arbeiten mit höchstem Engagement, um zu helfen. Als Landesopferbeauftragte werde ich den Betroffenen in der Öffentlichkeit eine Stimme geben, ihre Sorgen, Erwartungen und Bedürfnisse äußern.“

**Roland Weber, Bundesopferbeauftragter:** „Vier Monate nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt ist unsere Arbeit nicht zu Ende. Mein Team und ich stehen nach wie vor an der Seite aller Betroffenen und setzen uns dafür ein, dass sie die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Der Runde Tisch ist hierbei kein Selbstzweck, sondern ein Ort, an dem Verantwortung konkret wird. Wir haben gemeinsam darüber beraten, wie der Staat auch in dieser Phase verlässlich und sensibel auf die Bedürfnisse von Opfern und Hinterbliebenen eingehen kann. Gerade im Zusammenhang mit der anstehenden gerichtlichen Aufarbeitung ist die psychosoziale Unterstützung und Begleitung der Betroffenen von größter Bedeutung.“

**Sachsen-Anhalts Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Franziska Weidinger:** „Unsere Aufgabe bleibt es, die Stimmen der Betroffenen zu hören und entsprechend zu agieren. Der Runde Tisch zeigt, dass wir alle gemeinsam handeln. Es geht nicht nur um rechtliche Aufarbeitung – es geht um Heilung, um Gerechtigkeit und um Anerkennung. Wir setzen uns dafür ein, dass Betroffene in allen Lebensbereichen begleitet werden – psychologisch, sozial und juristisch. Das ist unsere Verantwortung.“

Der permanente Austausch im Hilfenetzwerk wird fortgesetzt.

Verantwortlich:  
Danilo Weiser  
Pressesprecher | Referatsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Domplatz 2 - 4  
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 567-6235, -6234  
E-Mail: [mj.presse@sachsen-anhalt.de](mailto:mj.presse@sachsen-anhalt.de)

[mj.sachsen-anhalt.de](http://mj.sachsen-anhalt.de)  
[justizkarriere.sachsen-anhalt.de](http://justizkarriere.sachsen-anhalt.de)  
X: [x.com/Justiz\\_LSA](https://x.com/Justiz_LSA)